

Herausgegeben von  
Frauke Höntzsch, Martin Oppelt,  
Adrian Paukstat, Paul Sörensen

# Theoretische Manöver. Politische Ideengeschichte im Deutungskampf

## **Theoretische Manöver**



# **Theoretische Manöver**

Politische Ideengeschichte im Deutungskampf

Herausgegeben von

Frauke Höntzsch

Martin Oppelt

Adrian Paukstat

Paul Sörensen

Um aus dieser Publikation zu zitieren, verwenden Sie bitte diesen Link:  
[<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:384-opus4-1236085>]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [dnb.dnb.de](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

*Der Gesamtband wird von den Herausgeber:innen, die jeweiligen Beiträge von den Autor:innen Open Access unter der Lizenz CC-BY-NC-4.0 veröffentlicht. Alle Text- und Bildzitate sind urheberrechtlich geschützt.*

© 2025

Herausgeber:innen und Autor:innen

Herstellung und Verlag: BoD – Books on Demand, Norderstedt

ISBN: 9783819241956

# Inhalt

Zur Einleitung	5
I. Deutungskämpfe im Arsenal	
Wie viel Konflikt verträgt die Politie? Hannah Arendt und Dolf Sternberger im Disput über die gute Ordnung <i>Grit Straußenberger</i>	11
Vereint und versöhnt? Umkämpfte Semantiken der Verbündung <i>Eva Marlene Hausteiner</i>	27
Machiavelli als stumpfe Waffe? Disqualifikation eines Klassikers (Marianne Weickert, René König, Wilhelm Waetzoldt) <i>Christian E. Roques</i>	41
Montesquieu gegen Machiavelli. Judith Shklars ideenpolitische Auseinandersetzung mit der Cambridge School <i>Rieke Trimçev</i>	61
Der kurze Sommer der Demokratie. Die vergessene Vorgeschichte der US-amerikanischen Gründung <i>Dirk Jörke</i>	79
Abwehr oder Vernichtung? Zum Streit zwischen Hermann Heller und Carl Schmitt <i>Reinhard Mehring</i>	93

## II. Deutungskämpfe im Archiv

Der Sinn der Geschichte: Hegels objektiver Geist der Freiheit  
und die Perspektiven eines liberalen Narrativs 113  
*Karsten Fischer*

Zur Politik des Privatrechts. Otto von Gierke und die Entstehung des  
Bürgerlichen Gesetzbuchs im Lichte einer Ideenpolitik des Privateigentums 133  
*Max Klein*

Hannah Arendt – Denkerin der Freundschaft 149  
*David Terwiel*

Kampf dem preußischen Obrigkeitsstaat.  
Verwaltungsföderalismus bei Remigranten aus den USA 1930–1960 163  
*Siegfried Weichlein*

Politische Rhetorik bei Tocqueville und Marx 183  
*Harald Bluhm*

## III. Die Disziplin im Deutungskampf: Über Archiv und Arsenal (hinaus)

Von Weimar und Wien nach Berlin... 201  
Präfigurative politische Ideengeschichte am Beispiel demokratischen Eigentums  
*Paul Sörensen*

„Gedanken, die sich selber nicht verstehen“ 223  
Zur utopischen Zitierbarkeit von Archiv und Arsenal  
*Adrian Paukstat*

Politische Ideengeschichte als Erfahrungsspeicher 243  
*Martin Oppelt*

Gründeln statt Begründen.  
Politikwissenschaftliche als postmoderne Ideengeschichte 259  
*Frauke Höntzsch*

# Der kurze Sommer der Demokratie. Die vergessene Vorgeschichte der US-amerikanischen Gründung

*Dirk Jörke*

Politische Ideengeschichte wird von Marcus Llanque als ein *Gewebe politischer Diskurse* (2008) beschrieben. Ihr kommt dabei sowohl die Funktion des Archivs als auch die des Arsenal zu. Im Archiv wird das politische Denken der Vergangenheit gespeichert und sortiert. „Die Arsenalfunktion der Ideengeschichte ermöglicht es, in immer neuen Anläufen die Zuordnungskriterien des Archivs zu untersuchen und neue Wege einzuschlagen oder zu alten zurückzukehren“ (Llanque 2008: 2). Der folgende Beitrag folgt dieser Maxime, indem er die Vorgeschichte der US-amerikanischen Gründung, die als ‚älteste moderne Demokratie‘ gilt, untersucht. Dabei nehme ich insbesondere Pamphletliteratur im Kontext der Diskussion über die einzelstaatlichen Verfassungen während und kurz nach dem Unabhängigkeitskrieg in den Blick und frage nach den dort enthaltenen institutionellen Vorschlägen. Dabei wird sich zeigen, dass in vielen der Pamphlete nicht nur dezidiert demokratische Forderungen erhoben, sondern dass diese zum Teil auch institutionell umgesetzt wurden. Dem standen Autoren gegenüber, die diese Forderungen ablehnten sowie institutionelle Ordnungen befürworteten, die der klassisch-republikanischen Idee der Mischverfassung verpflichtet waren und eine Vorherrschaft der Angehörigen einer ‚natürlichen Aristokratie‘ sichern sollten. Die schließlich 1787 in Philadelphia beschlossene Unionsverfassung ist dabei wesentlich von den Gegnern der Demokratie entworfen worden, und es gehört zu den großen Ironien der Ideengeschichte, dass wir nun gerade die USA als die älteste moderne Demokratie bezeichnen.<sup>1</sup>

Bevor ich auf die Entwicklung eines demokratischen Geistes im Zuge des Unabhängigkeitskrieges sowie die daran anschließende Etablierung demokratischer(er) Verfassungen in zumindest einigen der 13 Republiken eingehe, erfolgt

---

<sup>1</sup> Vgl. zu dieser semantischen Transformation des Demokratiebegriffs Jörke 2010 und Dingeldey/Jörke 2023.

ein kurzer Blick auf die politische Kultur von Rhode Island und die Kontroverse über die Ausdehnung von Partizipationsrechten in Boston in den 1740er Jahren. Deutlich wird dabei, dass Wahlen als alleiniges Vehikel der Beteiligung der Vielen von den Angehörigen der Elite befürwortet wurden, die ‚einfachen Männer‘ dagegen auf ein ganzes Arsenal an Kontrollmechanismen beharrten. Bereits damals zeigte sich also ein institutionenpolitischer Gegensatz zwischen radikal-demokratischen und republikanisch-aristokratischen Vorstellungen. Dieser Gegensatz wurde erneut prägend für die ideenpolitischen Kämpfe im Kontext der Diskussion um die neuen institutionellen Ordnungen am Ende des 18. Jahrhunderts.

## 1. Erste Anfänge demokratischer Praxis

Es ist einer der zentralen Mythen der politischen Ideengeschichte, dass die Demokratie im Kontext der großen Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts wiederentdeckt wurde und zwar als *repräsentative* Demokratie (vgl. Dahl 1989). Wenn auch im Schatten der britischen Krone, so haben sich in den puritanischen Gemeinden Neuenglands bereits während des 17. Jahrhunderts zumindest vereinzelt demokratische Ordnungen und Praktiken etabliert, die verglichen mit dem, was später als ‚demokratisch‘ verstanden wurde, über deutlich mehr Kanäle der Einflussnahme der Vielen verfügten.<sup>2</sup> So besaßen die Gemeinden um die Narragansett Bay nicht nur ein von den Vollbürgern gewähltes Ein-Kammern-Parlament, das im Zusammenspiel mit den *town meetings* für die Gesetzgebung zuständig war, einen der gesamten Bürgerschaft verantwortlichen Magistrat sowie Impeachment- und Audit-Prozeduren, um diese Verantwortlichkeit zu gewährleisten, sondern auch Praktiken der *close control*, insbesondere mittels schriftlicher Instruktionen. Zudem zeichnet sich der 1647 von der *General Assembly* verfasste *code of laws*, eine Art Verfassung, durch einen affirmativen Gebrauch des Demokratiebegriffes aus:

„It is agreed, by this present Assembly thus incorporated and by this present act declared, that the form of government established in Providence Plantations is Democra-

---

<sup>2</sup> Zu den demokratischen Elementen des amerikanischen Puritanismus vgl. Perry 1944; Miller 1991: 21-49.

tical, that is to say, a government held by the free and voluntary consent of all or the greater part of the free inhabitants“ (zitiert in Staples 1847: 18).

Dieses Bekenntnis der Bürger des heutigen Rhode Islands unterschied sich deutlich vom Begriffsgebrauch und der damit einhergehenden politischen Praxis in den anderen Kolonien Neuenglands, etwa die durch die Massachusetts Bay Company etablierte Ordnung von Boston, welche einen stärker republikanisch-aristokratischen Charakter besaß.

Die politische Ordnung von Boston sah ein Zwei-Kammern-Parlament vor, ein Vetorecht des Gouverneurs und neben Wahlen keine weiteren Kontrollmöglichkeiten. Das Wahlrecht war zunächst ebenfalls deutlich restriktiver als in Rhode Island, wurde während der 1630er Jahre in Reaktion auf Forderungen nach einem System mit mehr popularen Beteiligungsrechten aber ausgeweitet. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen wurden insbesondere die als ‚demokratisch‘ gebrandmarkten Forderungen nach einem Ein-Kammern-Parlament, das bei der Gesetzgebung nicht nur mitwirkt, sondern auch die Gesetzessouveränität besitzt, sowie die nach stärkeren Kontrollmechanismen, mit denen die Amtsinhaber an den Willen der Bürger gebunden werden sollten, zurückgewiesen. Um den Reformkräften den Wind aus den Segeln zu nehmen, machte die politische Elite um John Winthrop, der zwischen 1629 und 1649 der Kolonie zwölf Mal als Gouverneur vorstand, das Zugeständnis jährlicher Wahlen. Dies geschah mit dem argumentativen Schachzug, dass Wahlen für sich genommen ausreichten, um die Repräsentanten zur Verantwortung zu ziehen: „They developed the novel argument that elections themselves represent a kind of ‚calling to account‘ in order to make their essentially discretionary conception of political trust more palatable to their fellow citizenship.“ (Maloy 2008: 132) Zugleich zeigte sich Winthrop, ganz in der Tradition republikanischen Denkens stehend, skeptisch gegenüber Forderungen nach einer Ausweitung politischer Teilhabe und nach institutionellen Reformen wie die Abschaffung des Senates und der Vetorechte des Magistrats. Der Demokratie stand er mithin ablehnend gegenüber,

„for a Democratie is, among most Civill nations, accounted the meanest and worst of all formes of Government: and therefore in writers, it is branded with Reproachfull Epithits as *Bellua mutorum capitum*, a Monster, etc: and Historyes doe recorde, that it hath been allwayes of least continuance and fullest of troubles“ (Winthrop 1944: 383; vgl. Bremer 2003).

Demgegenüber herrschte bei Winthrops Widersachern die Überzeugung vor, dass Wahlen allein gerade nicht ausreichten, die Amtsinhaber und Repräsentanten zur Verantwortung zu ziehen. Um dieses Ziel effektiv zu erreichen, müssten daher weitere Mechanismen wie Instruktionen und Anhörungsverfahren hinzutreten (vgl. Maloy 2008: 134). Doch diese Forderungen konnten sie nicht durchsetzen. Die politische Elite um Winthrop hatte zugleich keine allzu großen Befürchtungen hinsichtlich der Effekte von jährlichen Wahlen; bestand doch die Ansicht, dass es sich dabei um ein Verfahren handelt, bei dem vornehmlich Männer einer ‚natürlichen Aristokratie‘ ausgewählt würden.<sup>3</sup>

Die Verfassung von Rhode Island sowie Auseinandersetzung um die politische Ordnung von Boston sind hier kurz skizziert worden, weil sie die Existenz von ‚demokratisch‘ gesinnten Akteuren bereits in den frühen 1640er Jahren aufzeigt. Zugleich gab es bereits erste Versuche, den Demokratiebegriff von seiner negativen Konnotation zu lösen.

## **2. Der Streit um die neuen Verfassungen**

Die amerikanischen Siedler konnten nach dem Erlangen der Unabhängigkeit an jene Praktiken der Selbstregierung und Elitenkontrolle anknüpfen, die sie bereits zu Zeiten der Kolonialherrschaft, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, ausgeübt hatten (vgl. Miller 1991: 51–80; Bouton 2007: 13–41). Im Zuge der Amerikanischen Revolution hatte sich zudem ein starker Sinn für die eigenen Rechte und die grundlegende Gleichheit aller Bürger ausgebildet (vgl. Adams 1973: 162–190), welcher nicht nur zur Ablösung vom Mutterland, sondern eben auch zu einem Erstarken demokratischer Gedanken führte: „The Revolution provided a political education for the small farmers. After the Revolution, the people refused to become deferential again. They applied the lessons of the American Revolution to politics at home“ (Miller 1991: 70; vgl. Wood 1969; Jensen 1957).<sup>4</sup> Eine demokratisch verstandene Selbstregierung bedeutete in diesem Zusammen-

---

<sup>3</sup>Zum aristokratischen Charakter von Wahlen vgl. Manin 1997.

<sup>4</sup>Eric Foner verweist zudem auf die Bedeutung des Einzugs breiterer Bevölkerungsschichten zum Militärdienst während des Unabhängigkeitskrieges für die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins und sieht hier eine Parallele zur Englischen Revolution: „Like the New Model Army of the English Civil War, the militia was a ‚school of political democracy““ (1976: 64).

hang eine einfache Regierung mit einer starken Legislative und einer schwachen Exekutive, die möglichst häufige Wahl der Repräsentanten sowie der Amtspersonen, minimale oder keine Eigentumsanforderungen für das aktive wie passive Wahlrecht weißer Männer und eine *Bill of Rights* zur Beschränkung der Regierungsgewalt. Hinzu traten Forderungen nach Instruktionen und damit einer Aufwertung lokaler Versammlungen sowie nach einer Rotation der Repräsentanten. Zudem wurde die Öffentlichkeit der Parlamentsitzungen und der Sitzungsprotokolle eingefordert.<sup>5</sup>

Diese institutionellen Mechanismen wurden nach der Unabhängigkeitserklärung von 1776 in den revidierten Verfassungen der einzelnen Republiken festgeschrieben, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß (vgl. Adams 1973; Llanque 2008: 263 ff.). Einige Verfassungen wiesen dabei einen stärker aristokratischen, andere einen stärker demokratischen Charakter auf. Unterschiede ergaben sich nicht nur mit Blick auf das aktive wie passive Wahlrecht,<sup>6</sup> sondern auch hinsichtlich der Frage der Gewaltenteilung. Die meisten Verfassungen sahen dabei, weiterhin in der republikanischen Tradition stehend, eine zweite Kammer als Vertretung der ‚Besten/Wenigen‘ vor, auch gab es unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der Vetomacht des Gouverneurs. Die entsprechenden institutionellen Ordnungen besaßen somit oftmals keine strikte Gewaltenteilung, sondern aktualisierten die Tradition der Mischverfassung.<sup>7</sup> Die Forderung etwa von Thomas Paine in *Common Sense*, dass eine Verfassung möglichst einfach zu sein habe (vgl. 1945 [1776]: I, 7), und damit meint er neben der klaren Gewaltentrennung auch die Konzentration der Legislativgewalt in einer Kammer, wurde

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu die Darstellung in Adams (1973: 249–258). Wichtig ist zu beachten, dass das Rotationsprinzip auf eine lange republikanische Tradition zurückgeht, so etwa in Harringtons *Oceana*. Auch führende republikanische Autoren der Revolutionszeit wie John Adams und Theophilus Parsons lobten die Vorzüge der Rotation von Amtspersonen zur Korruptionsvermeidung. Einen dezidiert demokratischen Charakter bekommt das Rotationsprinzip, wenn damit die Forderung einhergeht, dass die Ämter breit gestreut sind. Zudem soll auf diese Weise verhindert werden, dass die politischen Eliten sich zu weit von der Erfahrungswelt ihrer Wähler entfernen. Instruktionen kamen bereits in den Kolonien zum Einsatz. So wurde die Möglichkeit, die Repräsentanten zu instruieren, in Plymouth bereits 1640 verankert. Auch im Vorfeld der verfassungsgebenden Versammlungen kamen häufig Instruktionen zum Einsatz. Und einige einzelstaatliche Verfassungen sahen bis ins 19. Jahrhundert Instruktionen vor.

<sup>6</sup> So schwankte etwa der Anteil der Wahlberechtigten weißen Männer zwischen 80% in Massachusetts und knapp 50% in Virginia (vgl. Palmer 1959: 190).

<sup>7</sup> Eine klare Darstellung der Unterschiede zwischen der Theorie der Gewaltenteilung und dem Konzept der Mischverfassung findet sich bei Hansen 2010.

also nicht in allen Republiken verwirklicht.<sup>8</sup> Dennoch zeigte sich gerade während der intensiv geführten Diskussionen über die neuen Verfassungen, dass es im Verlauf der Amerikanischen Revolution eben nicht nur zu einem wachsenden Verlangen nach Unabhängigkeit vom englischen Mutterland, sondern auch zu einem Erwachen demokratischer Bestrebungen gekommen war, die sich nicht mehr in das alte republikanisch-aristokratische Ordnungsschema einfügen ließen. Die Pamphlete aus der damaligen Zeit lassen sehr deutlich die Existenz von auf der einen Seite republikanisch-konservativen Kräften, für die etwa John Adams (Massachusetts), Benjamin Rush (Pennsylvania) oder Cartor Braxton (Virginia) standen, und auf der anderen Seite demokratisch gesinnten Autoren wie Paine oder auch vielen anonym gebliebenen Verfassern, etwa von *The People the Best Governors* (o.V. 1983 [1776]: 390–400), erkennen. Vom Erwachen demokratischer Bestrebungen zeugen auch die im Vorfeld der verfassungsgebenden Versammlungen geäußerten Verlautbarungen lokaler Versammlungen. Geradezu paradigmatisch liest sich etwa die Instruktion der Gemeinde von Pittsfield an ihre Vertreter im Verfassungskonvent in Massachusetts: „As all men are equal by nature, so when they enter into a state of civil government, they are entitled precisely to the same rights and privileges or to an equal degree of political happiness“ (zitiert in Adams 1973: 140). Dass diese Forderung nicht umgesetzt wurde, zeigt indes ein Blick auf die tatsächlich verabschiedete Verfassung, die, wesentlich von John Adams geprägt, eine Zwei-Kammer-Legislative und sowohl für das aktive wie das passive Wahlrecht einen Zensus vorsah, wobei die Hürden für das passive Wahlrecht im Senat und beim Gouverneursamt deutlich höher waren als beim demokratisch verstandenen House of Representatives.<sup>9</sup> Die Verfassung von Pennsylvania entsprach demgegenüber mehr den damaligen demokratischen Bestrebungen. Sie sah ein vergleichsweise weites Wahlrecht, eine Einkammer-Legislative, die Beschränkung der Mandatszeit auf eine Wahlperiode sowie einen schwachen, der Legislative untergeordneten und einem jährlich gewählten Exekutionsrat vor. Neben Pennsylvania etablierten lediglich die Verfas-

---

<sup>8</sup> Vgl. auch das Pamphlet, welches unter dem Titel *The People the Best Governors* 1776 in New Hampshire veröffentlicht wurde: „The more simple, and the more immediately dependent (caeteris paribus) paribus) the authority is upon the people the better, because it must be granted that they themselves are the best guardians of their own liberties“ (o.V. 1983 [1776]: 393).

<sup>9</sup> Allerdings muss betont werden, dass die entsprechenden Hürden vergleichsweise moderat waren; die größten Einschränkungen beim aktiven wie passiven Wahlrecht bestanden in South Carolina, wo es zudem ebenfalls eine Zweikammern-Legislative gab.

sungen von Georgia und (seit 1791) Vermont Ein-Kammern-Parlamente, in Georgia gab es aber einen vergleichsweise hohen Zensus beim passiven Wahlrecht.<sup>10</sup>

In den 1770ern und 1780ern kam es zudem zu einer Aufwertung des Demokratiebegriffes. Zwar bestand weiterhin auf Seiten der Eliten die Praxis, politische Forderungen oder auch Praktiken, die den Einfluss der einfachen Männer stärken sollten, wahlweise als ‚anarchisch‘ oder als ‚demokratisch‘ zu denunzieren, doch zugleich erschienen immer mehr Pamphlete, die ausdrücklich demokratischere Verhältnisse forderten. So heißt es in dem anonymen Pamphlet *To the People of North America on the Different Kinds of Government*: „Popular government – sometimes termed democracy, republic, or commonwealth – is the plan of civil society wherein the community at large takes the care of its own welfare, and manages its concerns by representatives elected by the people out of their own body“ (zitiert nach Jensen 1957: 332). Der spätere US-amerikanische Schatzmeister Thomas Tudor Tucker schrieb 1784 in einer Zeitung aus Charleston unter dem Pseudonym *Philodemos*: „In a true commonwealth or democratic government, all authority is derived from the people at large, held only during their pleasure, and exercised only for their benefit“. Und weiter: „No man has any privilege above his fellow-citizens, except whilst in office, and even then, none but what they have thought proper to vest in him, solely for the purpose of supporting him in the effectual performance of his duty to the public“ (Tucker 1983 [1784]: 612). Das ist nicht länger eine republikanische Sprache im Sinne des Mischverfassungsdenkens, sondern eine demokratische. Dieses Gedankengut sowie die damit korrespondierende Forderung nach der Einführung demokratischer Verfassungen stellte in vielen der neuen Republiken eine mächtige Bewegung dar, die auf den Widerstand der Eliten stieß. So beklagte sich Landon Carter in einem Brief an George Washington vom 20. Mai 1776 über den demokratischen Gebrauch der Unabhängigkeitsidee: „I need only tell you of one definition that I heard of Independency: It was expected to be a form of government that, by being independent of the rich men, every man would then be able to do as he pleased“ (zitiert nach Jensen 1957: 330). Viele Angehörige der Elite bemühten in den 1770er und 1780er Jahren noch eine republikanische Rhetorik der

---

<sup>10</sup> Zu den Details vgl. Adams (1973); einen Überblick über die politischen Auseinandersetzungen in Pennsylvania, die zu der (radikal)demokratischen Verfassung geführt haben, liefert Foner (1976: 107–144). 1791 haben sich die Kräfteverhältnisse auch im Schatten der neuen Bundesverfassung geändert und eine stärker aristokratische Verfassung trat in Kraft.

Demokratiekritik, so auch Carter Braxton, der in der Auseinandersetzung um die künftige Verfassung von Virginia argumentierte: „The systems recommended to the colonies seem to accord with the temper of the times, and are fraught with all the tumult and riot incident to simple democracy“ (Braxton 1983 [1776]: 333). John Adams kritisierte mit Blick auf Massachusetts „the rage for innovation“ im Prozess der Neukonstitutionalisierung der politischen Ordnung, wobei er sich insbesondere gegen Bestrebungen der Kommunalisierung politischer Macht wandte: „The projects of county assemblies, town registers, and town probates of wills are founded in narrow notions, sordid stinginess, and profound ignorance, and tend directly to barbarism“ (zitiert nach Jensen 1957: 330).

Doch nicht alle Befürworter der Volkssouveränität bemühten den Demokratiebegriff. So wird ‚Demokratie‘ in *Common Sense* von Thomas Paine, dem wohl meistgelesenen Pamphlet des Unabhängigkeitskrieges, nicht ein einziges Mal erwähnt. Warum Paine damals noch nicht auf den Demokratiebegriff rekurrierte, sondern den der Republik vorzog, lässt sich aus heutiger Sicht nicht eindeutig sagen. Vermutlich war sein politisches Denken noch von der Vorstellung geprägt, eine Demokratie lasse sich nur in sehr kleinen Gemeinwesen realisieren. Vielleicht hat Paine auch aufgrund der 1776 weiterhin fortbestehenden, wenn auch nicht mehr unangefochtenen pejorativen Konnotationen darauf verzichtet, eine Demokratie einzufordern. Wie es auch insgesamt für Phasen einer Neuausrichtung grundlegender politischer Überzeugungen charakteristisch ist, dass es zu einem vielschichtigen, nicht immer trennscharfen Gebrauch zentraler politischer Termini kommt. Und so ist es auch wenig verwunderlich, dass in der Zeit von 1774 bis 1787 die Begriffe ‚Republik‘ und ‚Demokratie‘ oftmals synonym verwendet worden sind und zwar sowohl mit einer stärker pejorativen Konnotation, und das galt für die Frühphase bei den Sympathisanten der Englischen Krone auch für den Republikbegriff, als auch bei denjenigen Autoren, die sich positiv auf diese Konzepte bezogen.<sup>11</sup>

Obwohl Paine also 1776 noch den Demokratiebegriff vermieden hat, ist offensichtlich, dass er auf der Seite der Vielen stand und eben nicht nur die Abhängigkeit von der Englischen Krone anprangerte, sondern darüber hinaus für eine

---

<sup>11</sup> Zum damaligen Bedeutungswandel und teilweise synonymen Gebrauch von *republic* und *democracy* vgl. Adams (1973: 92–110). In der *Philadelphia Convention* von 1787 und dann in dem berühmten 10. Artikel der *Federalist Papers* wurde hingegen scharf zwischen Republik und Demokratie unterschieden.

demokratische Verfassung stritt, die eine starke Kontrolle der Abgeordneten und eine einfache Regierung vorsah (vgl. Foner 1976: 132). Paine forderte, dass die Wahlen möglichst oft abgehalten werden sollten, damit die Interessen der Gewählten sich nicht von denen der Wähler unterscheiden, zudem sollte ein häufiger Austausch der Gewählten stattfinden: a „frequent interchange will establish a common interest“ (Paine (1945 [1776]: 6). Die Betonung eines „common interest“ ist als demokratisch einzustufen, wohingegen Vertreter der republikanischen Mischverfassung wie John Adams davon ausgingen, dass die Gesellschaft in verschiedene Stände mit divergierenden Interessen gespalten sei. Adams *Thoughts on Government* waren vorwiegend als Entgegnung auf demokratische Bestrebungen gedacht, für die insbesondere Paines *Common Sense* standen.<sup>12</sup> Entsprechend findet sich bei Adams eine strikte Unterscheidung zwischen den Vielen und den Wenigen, verbunden mit der Forderung, die Regierungsgewalt in die Hände der Letzteren zu legen: „The first necessary step, then, is to depute the power from the many to the a few of the most wise and good“ (Adams 1985 [1776]: 86). Auch plädiert Adams im Gegensatz zu Paine für eine „legislative power which is more complex“ (ebd.: 87). Ein demokratisch gewähltes Ein-Kammer-Parlament würde demgegenüber dazu neigen, to „make arbitrary laws for their own interest“ (ebd.). Hier deutete sich bereits die Warnung vor der Tyrannei der Mehrheit an, die später das politische Denken von Madison prägen sollte. Gleichwohl finden sich auch bei Adams institutionelle Vorkehrungen, die durchaus dem demokratischen Zeitgeist entsprachen. An erster Stelle ist hier die Idee einer deskriptiven *representative assembly* zu nennen: „It should be in miniature an exact potrait of the people at large. It should think, feel, reason, and act like them“ (ebd.: 86). Auch plädiert er für jährliche Wahlen sowie eine Rotationspflicht der Repräsentanten und der Amtsinhaber nach drei Jahren (ebd.: 89). Das kommt den demokratischen Bestrebungen der damaligen Zeit schon sehr nahe, allerdings beschränkt Adams die deskriptive Repräsentation auf das Unterhaus im Rahmen einer komplexen Verfassung. Sein Vorschlag bestand aus einer Zweikammer-Legislative sowie Vetorechten des Gouverneurs im Gesetzgebungsprozess. Adams lehnt mithin eine strikte Gewaltenteilung ebenso ab, wie die Idee einer einfachen Regierung. Sein Modell folgte trotz der erwähnten Zugeständnisse

---

<sup>12</sup> Zur antidemokratischen Motivation von John Adams vgl. Foner 1976: 122. Eine Gegenüberstellung der Ordnungsvorstellungen von Paine und Adams findet sich in Dingeldey/Jörke 2022.

an den demokratischen Zeitgeist dem Mischverfassungsdenken des Republikanismus.

Ein ähnliches Muster der Beibehaltung republikanischer Denkmuster bei gleichzeitigen Zugeständnissen an den demokratischen Zeitgeist findet sich auch bei Theophilus Parsons aus Massachusetts, der später zu den Federalists gehörte. Aus seiner Feder stammt ein Text mit dem Titel *The Essex Result*, mit dem er in die damalige Verfassungsdiskussion intervenieren wollte. Dieses Pamphlet ist nicht nur wegen seiner Länge bemerkenswert, sondern zeichnet sich auch durch die Kombination einer Sprache der Volkssouveränität mit einer Verteidigung der Besitzunterschiede aus. So wird gleich zu Beginn eine *Bill of Rights* eingefordert und an dem Verfassungsentwurf von 1778 kritisiert, dass dieser keine strikte Gewaltenteilung vorsehe. Zudem beschwörte Parsons die Existenz von *unaliable rights*, zu denen an erster Stelle die Religionsfreiheit gehöre. Mit dem Eintritt in den gesellschaftlichen Zustand würden die Individuen nicht nur nicht ihre *unaliable rights* verlieren, sondern „every member ought to receive equal benefit, have equal influence in forming, and retain equal controul, over the supreme power“ (Parsons 1983 [1778]: 488). Das hört sich sehr demokratisch an, im weiteren Verlauf konstatiert Parsons jedoch eine Spannung zwischen den Interessen der Mehrheit und denjenigen, „who hold a major part of the property in the state“ (ebd.: 496). Zuvor hatte er bereits die Legitimität des Eigentumserwerbs und damit auch der bestehenden Besitzunterschiede sowie die überlegene politische Urteilskraft der „men of education and fortune“ (ebd.: 490) betont. Das zentrale Problem bestand für Parsons darin, dass in einer rein demokratischen Verfassung eine einfache Mehrheit der Vielen das Eigentumsrecht bedrohe. Um dem einen Riegel vorzuschieben, forderte er eine institutionelle Berücksichtigung des Besitzes:

„The majority of the representatives should also represent a majority of the people, and the legislative body should be so constructed, that every law affecting property, should have the consent of those who hold a majority of property.“ (Ebd.: 497 f.)

Vor diesem Hintergrund plädierte Parsons nicht nur für eine Zwei-Kammern-Legislative, sondern schlug auch einen vergleichsweise hohen Zensus beim passiven Wahlrecht der Senatoren vor (ebd.: 512f.). Beide Forderungen sind schließlich in der 1780 verabschiedeten Verfassung von Massachusetts verwirklicht worden.

Schaut man rückblickend auf die damaligen Auseinandersetzungen über die neuen Verfassungen, so treten deutlich zwei Parteien zum Vorschein. Auf der einen Seite standen klassisch-republikanische Autoren, die von einer natürlichen Aristokratie der Reichen und Gebildeten ausgingen, in deren Händen sie zumindest den entscheidenden Teil der Regierungsgewalt belassen wollten. Dahinter stand sowohl die Überzeugung, dass die einfachen Bürger nicht über die erforderlichen politischen Kompetenzen verfügten, als auch die schlichte Angst vor einer ‚Tyrannei der Mehrheit‘ und das heißt einer Politik, die in die Besitzverhältnisse eingreift, etwa durch eine Landreform oder auch durch die Einführung von Papiergeld.<sup>13</sup> Auf der anderen Seite befanden sich demokratisch gesinnte Kräfte, die von einer fundamentalen Gleichheit der Weißen Männer ausgingen und sich nicht mit einem kleinen Anteil an der Regierungsgewalt im Rahmen einer Mischverfassungskonzeption begnügen wollten. Sie forderten vielmehr eine möglichst einfache Verfassung mit einem niedrigen Zensus, häufige Wahlen und weitere Mechanismen zur Kontrolle der Amtsinhaber wie Instruktionen und Rotationen. All diese institutionellen Vorkehrungen sollten dafür sorgen, dass die Regierung im Sinne der Mehrheit erfolgt.

Die 1787 verabschiedete und 1788 in Kraft getretenen neue Unionsverfassung stand demgegenüber eindeutig in der republikanischen Tradition des Mischverfassungsdenkens. Explizites Ziel war es, mit der neuen Verfassung den demokratischen Bestrebungen der Revolutionszeit einen Riegel vorzuschieben, vor allem mit Blick auf Fragen der Finanz- und Geldpolitik. Aber das ist eine andere Geschichte des „Gewebes politischer Diskurse“.<sup>14</sup>

## Literatur

Adams, John, 1985: *Thoughts on Government* [1776]. In: *The Political Writings of John Adams*, hg. von George A. Peek, Jr., New York, 83–92.

---

<sup>13</sup> Einen guten Überblick über die ökonomische Dimension der damaligen Verfassungsdebatten liefert Bouton 2007. Allerdings ist wichtig zu betonen, dass es der demokratischen Seite nicht um Gleichverteilung ging, sondern um die Sicherung der ökonomischen Selbstständigkeit als Farmer, Handwerker oder auch Kleinhändler.

<sup>14</sup> Zu den antidemokratischen Bestrebungen der US-amerikanischen Verfassungsväter vgl. Klarman 2016.

- Adams, Willi P., 1973: *Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit. Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution*, Darmstadt / Neuwied.
- Braxton, Carter, 1983: *A Native of This Colony, An Address to the Convention of the Colony and Ancient Dominion of Virginia on the Subject of Government in General, and Recommending a Particular Form to Their Attention [1776]*. In: Charles S. Hyneman / Donald S. Lutz (Hg.), *American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805*, 2 Vol. Indianapolis, 328–339.
- Bremer, Francis J., 2003: *John Winthrop. America's Forgotten Founding Father*, Oxford.
- Bouton, Terry, 2007: *Taming Democracy: "The People," the Founders, and the Troubled Ending of the American Revolution*, Oxford.
- Dahl, Robert A., 1989: *Democracy and Its Critics*, New Haven.
- Dingeldey, Philip / Jörke, Dirk, 2022: *The American Founding: From Democratic to Aristocratic Republicanism*. In: Skadi S. Krause / Dirk Jörke (Hg.), *Republicanism and Democracy. Close Friends?* Cham, 143–164.
- Foner, Eric, 1976: *Tom Paine and Revolutionary America*, London / Oxford.
- Hansen, Mogens, 2010: *The Mixed Constitution versus the Separation of Powers: Monarchical and Aristocratic Aspects of Modern Democracy*. In: *History of Political Thought* 31 (3), 509–531.
- Jensen, Merrill, 1957: *Democracy and the American Revolution*. In: *Huntington Library Quarterly* 20 (4), 321–341.
- Jörke, Dirk, 2010: *Die Transformation des Republikbegriffes in den Federalist Papers*. In: Roland Lhotta (Hg.), *Die Federalists*, Baden-Baden, 39–57.
- Klarman, Michael J., 2016: *The Framers' Coup. The Making of the United States Constitution*, Oxford.
- Llanque, Marcus, 2008: *Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse*, München / Wien.
- Maloy, Jason S., 2008: *The Colonial American Origins of Modern Democratic Thought*, Cambridge.
- Manin, Bernard, 1997: *The Principles of Representative Government*, Cambridge.
- Miller, Joshua, 1991: *The Rise and Fall of Democracy in Early America 1630–1789. The Legacy for Contemporary Politics*, University Park.
- O.V., 1983: *The People the Best Governors: or a Plan of Government Founded on the Just Principles of Natural Freedom [1776]*. In: Charles S. Hyneman / Donald

- S. Lutz (Hg.), *American Political Writing during the Founding Era, 1760–1805*, 2 Vol. Indianapolis, 390–400.
- Paine, Thomas, 1945: *Common Sense* [1776]. In: *The complete writings of Thomas Paine*, 2 Bde, hg. von Eric Foner, New York, 3–46.
- Palmer, Robert R., 1959: *The Age of the Democratic Revolution*, Princeton.
- Parsons Theophilus, 1983: *The Essex Results. Comprehensive statement of American political principles* [1778]. In: Charles S. Hyneman / Donald S. Lutz (Hg.), *American Political Writing during the Founding Era, 1760–1805*, 2 Vol. Indianapolis, 480–522.
- Perry, Ralph B., 1944: *Puritanism and Democracy*, New York.
- Staples, William R., 1847 (Hg.): *The Proceedings of the First General Assembly of „the incorporation of Providence Plantations“: And the Code of Laws Adopted by that Assembly, in 1647: With Notes Historical and Explanatory*, Providence.
- Tucker, Thomas Tudor, 1983: *Conciliatory Hints, Attempting, by a Fair State of Matters, to Remove Party Prejudice* [1784]. In: Charles S. Hyneman / Donald S. Lutz (Hg.), *American Political Writing during the Founding Era, 1760–1805*, 2 Bde, Indianapolis, 606–630.
- Winthrop, John, 1944: *Defense of the Negative Voice*. In: *Winthrop Papers IV*, 1638–1644, Boston, 380–391.
- Wood, Gordon S., 1969: *The Creation of the American Republic 1776–1787*, Chapel Hill / London.